



Vorwort des Präsidenten zur Hauptversammlung 2015

Aktuelle Sorgen aus der LLV

Leistungsanalyse vs. Mitwirkungsrechte bei der LLV

Derzeit sind nach wie vor Überprüfungen betreffend die Auslagerung/Privatisierung und/oder Abschaffung von Aufgaben und Leistungen der Landesverwaltung im Gange. In der Schweiz war dies ebenfalls der Fall (Zusatzbotschaft des Bundesrates zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungs-paket 2014, KAP 2014). Dies wurde jedoch in der Finanzkommission des Nationalrates bereits wieder beerdigt.

Wichtig in diesem Zusammenhang ist:

dass **Privatisierung und Auslagerung** von staatlichen Aufgaben im Ergebnis die **Leistung für den Kunden** – also in diesem Fall für den **Bürger** – um ein **vielfaches verteuert**, da der Privatunternehmer vor allem **gewinnorientiert** ist.

Die Meinung „Der Staat sei ineffizient – der Markt könne es besser“ ist falsch. Die „Verschlankung des Staates“ ist in aller Munde, und häufig werden hierbei der öffentliche Sektor bzw. der **Staat regelrecht verunglimpft**.

Neoliberales Denken und Handeln - gefährden die Demokratie, den Rechtsstaat und letztlich das Gemeinwohl.

Zwei Grundlegende Unterschiede zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor

- Die öffentliche Hand ist dem **Gemeinwohl**, d.h. der Gesamtbevölkerung ihres Landes verpflichtet - Privatunternehmen aber sind der Gewinnmaximierung bzw. ihren Kapitaleignern, und somit einer Minderheit, verpflichtet, zumal bei der dominierenden Rolle der Finanzmärkte (shareholder value-Prinzip);

Kürzungsanträge zum Personalkredit gegenüber der öffentlichen Verwaltung sind jedoch bei unseren Budgetdebatten im Landtag an der Tagesordnung. Dies ist eine **Geringschätzung der Arbeit der Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst**, insbesondere wenn man dabei bedenkt, dass es seit vier Jahren **Nulllohnstunden**, also keine Lohnerhöhungen in der Landesverwaltung mehr gab und gemäss Finanzplanung bis 2018 generell keine Lohnerhöhungen für Landesverwaltungsangestellte geben soll. Dies, obwohl die **Staatsquote in Liechtenstein** – also das Verhältnis der Staatsangestellten im Verhältnis zu den Gesamtbeschäftigten - die **tiefste Quote der demokratischen Rechtsstaaten weltweit ist!**



Der PVL wird weiterhin ein wachsames Auge auf die Debatten im Landtag haben, um beim Auftauchen von ideologisch oder emotional motivierten Abbauforderungen und Kürzungsanträgen mit Entschiedenheit dagegen antreten zu können. **Wir empfehlen auch unseren Mitgliedern, sich aktiv zu informieren und „am Ball zu bleiben“!**

Mit dem Vorstoss der Liechtensteinischen Industrie und Handelskammer (gemäss der Medienberichterstattung im Volksblatt vom 7. März 2015) wird nunmehr vom Staat noch mehr **versteckte „Privatisierung der Steuergelder“ verlangt**, obwohl die Privatwirtschaft durch das neue Steuergesetz bereits stark entlastet wurde **zu Lasten des Staatshaushaltes und somit uns allen**.

Diese Forderung geht unserer Meinung nach daher in die komplett falsche Richtung. Denn man muss sich vergegenwärtigen, dass die Gewinnmargen der Unternehmen in der Summe seit rund 10 Jahren stetig stark wachsen.

Weiterentwicklung der Sozialpartnerschaft

Die Sozialpartnerschaft in der Landesverwaltung ist noch nicht zu unserer Zufriedenheit etabliert. Denn um die Interessen der Mitarbeitenden der Landesverwaltung bestmöglich vertreten zu können, **muss eine sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit garantiert** sein. Eine gelebte Sozialpartnerschaft anerkennt und ermöglicht dies. Der PVL wird sich im kommenden Jahr deshalb verstärkt dafür einsetzen, dass die Sozialpartnerschaft in diesem Sinne gestärkt und gefestigt werden kann.